

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**am 15.05.2019**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 16:15 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann

Herr Florian Grün

Bis 18:40 Uhr

Herr André Langeworth

Frau Katharina Schellong

Ab 17:40 Uhr

SPD

Frau Sylvia Gorsler

Herr Stefan Pieplau

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Gudrun Hennke

BfB

Herr Friedhelm Bolte

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Bis 19:00 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Georg Epp

Frau Katja Häckel

Frau Rabea Maria Krato

Bis 18:00 Uhr

Herr Ingo Nürnberger

Frau Viola Obasohan

Frau Susann Purucker

Frau Gabriele Stillger

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Frau Dr. Franziska Schormann

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster

Herr Ralf Müller

Frau Regina Puffer

Herr Matthias Rotter

Herr Benjamin Varnholt

Frau Daniela Wollenberg

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
Herr Leesemann  
Herr Epp  
Herr Hanke  
Herr Helmke

Dezernat 5  
Stab Dezernat 5  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Frau Mülöt

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
(Schriftführerin)

## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Frau Dr. Schormann als neues Mitglied in ihr Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Verpflichtete bekundet ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf die Anlage 2 „Anträge und Problemanzeigen“ zur Vorlage Drucksachennummer 8477/2014-2020 zu TOP 7.3 hin. Erst nach Versendung dieser Anlage sei aufgefallen, dass die personenbezogenen Daten der Träger nicht unkenntlich gemacht worden seien. Dieses habe man sofort nachgeholt und die Vorlage im Ratsinformationssystem ausgetauscht. Er bitte darum, die bereits verteilten Druckexemplare zu vernichten. Beigeordneter Herr Nürnberger entschuldigt sich ausdrücklich insbesondere bei den betroffenen Trägern und Beschäftigten für dieses Versehen.

## **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 44. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.03.2019**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.03.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

**- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -**

-.-.-

## **Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.03.2019**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.03.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

**- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -**

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1**      **Hochebenen in städtischen Kindertageseinrichtungen**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**      **Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.03.2019**

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass das Amt für Schule entschieden habe, diese Sachstandsmitteilungen zukünftig nur noch jährlich oder bei besonderem Bedarf zu erstellen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3.3**      **Sachstand Stiftung Eikemann**

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert ausführlich die als Tischvorlage verteilte Mitteilung. Zusammenfassend und unter Berücksichtigung der bisherigen Überlegungen und Gespräche schlägt er vor, eine stadtinterne Begleitgruppe einzurichten mit dem Ziel, einen Ausgleich zwischen den gesamtstädtischen und fachlichen Interessen und den Bedürfnissen des Stadtbezirks Sennestadt zu schaffen. Der Stadtbezirk Sennestadt könnte in den Beratungen einen Förderschwerpunkt bilden.

Des Weiteren schlägt er vor, den Stiftungsbeirat zu bitten, die von ihm positiv diskutierten Projektanträge „Bielefeld United“, „Sterntaler“ und „Rolf-Wagner-Haus“ zu bewilligen. Außerdem solle der Beirat gebeten werden, den geplanten Ideenwettbewerb zu starten.

Beigeordneter Herr Nürnberger fügt hinzu, dass ihm die Einbeziehung der Bezirksvertretung Sennestadt in die Entscheidungsprozesse wichtig sei.

Herr Langeworth betont, dass die Erblasserin in ihrem Testament ausdrücklich den Bezirk Sennestadt als Schwerpunkt benannt habe. Entsprechend sei es nachvollziehbar und müsse berücksichtigt werden, dass die Bezirksvertretung Sennestadt Wert auf eine entsprechende Berücksichtigung ihres Stadtbezirks lege.

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet werde.

-.-.-

#### **Zu Punkt 3.4**

#### **Weitere mündliche Mitteilungen:**

- Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass der Bielefelder Jugendring darum gebeten habe, die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses über ein Crowdfunding für das geplante „Jugend Open Air Festival BERGNOIZE“ zu informieren. Nähere Informationen würden nach dieser Sitzung an die Mitglieder des JHA per Mail weitergeleitet. Selbstverständlich sei aus diesem Aufruf keine Verpflichtung zu einer Spende abzuleiten.
- Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) einige Themen ausführlicher beraten werden müssten und zwar sowohl im JHA als auch im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA). Sie schlägt daher vor, eine gemeinsame Sondersitzung von JHA und SGA durchzuführen und zwar am Dienstag, den 25.06.2019 um 16 Uhr, eine Stunde vor der regulären SGA-Sitzung. Der Jugendhilfeausschuss ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

-.-.-

#### **Zu Punkt 4**

#### **Anfragen**

Frau Brinkmann stellt eine mündliche Anfrage:

Sie beziehe sich auf einen Artikel in der Tageszeitung „Neuen Westfälische“ vom 08.05.2019, in dem berichtet werde, dass das Land NRW Fördermittel für die Einrichtung mehrerer tausend neuer Kitaplätze für NRW zur Verfügung stelle. Frau Brinkmann möchte wissen, ob schon Planungen vorlägen, wie diese Mittel für neue Kitaplätze in Bielefeld eingesetzt werden könnten.

Herr Epp erläutert, dass es sich bei den genannten Programmen sowohl um Neuaufnahmen als auch um Erweiterungen von bestehenden Investitionsprogrammen handele und zwar in Kombination von Bundes- und Landesmitteln. In der Vergangenheit hätten sowohl die Stadt Bielefeld als auch die freien Träger zunehmend auf die Inanspruchnahme dieser Mittel verzichtet. Der Grund hierfür sei unter anderem, dass sich einige Träger aufgrund der zurzeit sehr niedrigen Zinsen auf dem Finanzmarkt dafür entschieden hätten, die Finanzierung über eine Kreditaufnahme selbst zu regeln. Sobald die angekündigten Fördermittel bereit stünden, werde geprüft, welche Mittel für den Kitaneu- oder –ausbau genutzt werden könnten.

-.-.-

## Zu Punkt 5

### Anträge

## Zu Punkt 5.1

### Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2019 Vergabe Kitaplätze

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8614/2014-2020

Frau Brinkmann bittet darum, dass der Antrag der CDU-Fraktion trotz inhaltlicher Überschneidungen mit TOP 13 („Kostenbeteiligung LITTLE BIRD“) an dieser Stelle gesondert behandelt werde, da die Stichtagsregelung unabhängig vom System LITTLE BIRD vereinbart werden sollte.

Frau Brinkmann begründet den Antrag der CDU-Fraktion: Für einige Eltern sei es ein unzumutbar mühsamer und zeitintensiver Weg, einen passenden Kitaplatz zu finden. Bei dem momentanen Verfahren entscheide jeder Träger über den Zeitpunkt für die Rückmeldung an suchende Eltern selbst. Diese Zeitpunkte lägen bei den verschiedenen Trägern zum Teil zeitlich weit auseinander. Dies führe unter anderem zu fehlender Planungssicherheit z. B. für Eltern, deren Aufnahme einer Berufstätigkeit davon abhänge, ob das Kind in einer Kita betreut werde. Der Auftrag an die Verwaltung laute daher, den Zeitpunkt für die Rückmeldungen einheitlich zu koordinieren.

Herr Bolte erklärt, dass er sich grundsätzlich auch für die Festlegung einheitlicher Stichtage ausspreche. Ihm sei jedoch wichtig, dass eine Stichtagsregelung nicht nur „zukünftig bei der Vergabe...“ (siehe Antragstext) greife, sondern für alle Kitas einheitlich vereinbart werde.

Herr Pieplau gibt zu bedenken, dass man sich mit einem einheitlichen Stichtag für alle Plätze die Chance nehme, einige Plätze erst zu einem späteren Zeitpunkt zu vergeben.

Frau Stillger begrüßt eine Neustrukturierung und betont, dass im Interesse der Eltern mit allen Beteiligten gemeinsam verlässliche und transparente Standards entwickelt werden müssten, die auch eine Stichtagsregelung berücksichtigen könnten. Sie betont, man müsse die Wünsche der Eltern verfolgen und entsprechende Standards aushandeln für eine elternfreundliche Nutzung des Systems. Die Verwaltung und die Träger sollten beauftragt werden, zu prüfen, welche Standards kurzfristig umsetzbar seien.

Frau Henke schließt sich dem Gesagten an und weist darauf hin, dass die Verwaltung vorschlage, entsprechende Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern über die Nutzung von LITTLE BIRD zu treffen einschließlich der Regelungen zur Platzvergabe. Der Antrag der Koalition zu LITTLE BIRD unter TOP 13.1 gehe über die Vergaberegulungen hinaus. Insofern werde sie gegen den Antrag der CDU-Fraktion stimmen, da sich ihrer Meinung nach diese Themen nicht getrennt voneinander besprechen ließen.

Frau Hopster unterstützt das Bemühen, die Kitaplatzvergabe elternfreundlicher zu gestalten. Darüber hinaus bitte sie darum, in die Gespräche mit den Trägern auch das Amt für Schule miteinzubeziehen, da es eine nicht unerhebliche Zahl von Kindern gebe, die aufgrund von

Schulrückstellungen entgegen der Planungen weiterhin einen Kitaplatz bräuchten.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass für manche Eltern die Suche nach einem Kitaplatz momentan mit hohem Aufwand verbunden sei. Ursache dafür sei aber nicht das System LITTLE BIRD, sondern der gestiegene Bedarf an Kitaplätzen vor allem aufgrund der höheren Geburtenrate, der Zuwanderungen und dem veränderten Nachfrageverhalten insbesondere für U3-Plätze. Man arbeite mit Hockdruck daran, neue Kitas zu errichten und weitere Kitaplätze zu schaffen, was aber eine gewisse Zeit in Anspruch nehme.

LITTLE BIRD als System, welches die Kitaplatzvergabe organisiere und unterstütze, funktioniere inzwischen aus Sicht der Verwaltung und der Träger technisch gut. Darüber hinaus müsse nun die Nutzung des Systems elternfreundlicher gestaltet werden.

Herr Bolte weist darauf hin, dass der letzte Satz im Antrag der CDU-Fraktion einem vereinfachten und vereinheitlichten Vergabeverfahren entgegen spreche.

Frau Brinkmann betont, dass die Eltern so früh wie möglich Bescheid bekommen müssten, ob sie den gewünschten Kitaplatz bekommen. Die Verwaltung möge sich bemühen, hierzu mit allen Beteiligten gemeinsam eine einheitliche Regelung zu schaffen.

Sodann lässt Frau Weißenfeld über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

#### **Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2019:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

#### **Beschluss:**

**„Die Verwaltung wird beauftragt, einen einheitlichen Termin für die Vergabe von Kitaplätzen und festgelegte Stichtage für mögliche Nachrücker zum Kindergartenjahr 2020/2021 zu erreichen. Hier sind sowohl die städtischen Kitas als auch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege miteinzubeziehen. Zukünftig soll die Vergabe des Betriebs einer Kita an die Bedingung geknüpft werden, dass sich alle Kitabetreiber zu den abgestimmten einheitlichen Terminen verpflichten.“**

**- bei drei Zustimmungen mit großer Mehrheit abgelehnt -**

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Projekt "Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8594/2014-2020

Vorsitzende Frau Brinkmann bittet zu klären, ob der genannte Zuschuss in Höhe von 3.000,00 € jährlich oder einmalig beantragt werden könne. Nachgereichte Antwort der Verwaltung: es handele sich um einen einmaligen Zuschuss.

Auf die Frage, warum hier nur eine Informationsvorlage und keine Beschlussvorlage erstellt worden sei, erläutert Herr Epp wie folgt:

Das Landesjugendamt habe die Stadt Bielefeld als eine von fünf Referenzkommunen ausgesucht und warte nun auf eine Rückmeldung, ob Bielefeld an der Teilnahme an dem Projekt interessiert sei. Insofern wolle man über diese Vorlage das grundsätzliche Interesse der Verwaltung kommunizieren.

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Teilnahme als positive Wahrnehmung der Stadt Bielefeld.

**- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. -**

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2020-2022**

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass die Vorlagen im SGA in 1. Lesung zur Kenntnis genommen worden seien und verweist auf die Sondersitzung, in der abschließend beraten werde.

## Zu Punkt 7.1

### **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2020-202 – Stand der Stärkung und Weiterentwicklung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8576/2014-2020

Herr Helmke berichtet, dass mit den Trägern Gespräche geführt worden seien. Die Ergebnisse lägen den Ausschussmitgliedern als Präsentation schriftlich vor. Auf Nachfrage von Frau Stillger bestätigt Herr Helmke, dass die Förderrichtlinien zur Mädchenarbeit bei den Maßnahmen berücksichtigt würden

Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass die Ergebnisse auch der weiteren Gespräche in die Vorlage für die Sitzung im Juni einfließen.



Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet darum, Fragen an die Verwaltung rechtzeitig in Vorbereitung für die Sondersitzung oder entsprechende Änderungsanträge zur Vorlage zu stellen.

**- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. -**

---

**Zu Punkt 7.2**

**Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2020-2022 - Erste Überlegungen zur Vertragsgestaltung**

Herr Hanke erklärt, zu diesem Punkt sei eine Powerpoint-Präsentation vorbereitet worden. Aus technischen Gründen könne diese aber nicht gezeigt werden. Frau Mülot werde diese umgehend nach der Sitzung an die Ausschussmitglieder weiterleiten.

Er berichtet, dass zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe „Vertragsinhalte“ mit den Trägern und Verwaltungsmitarbeitern eingerichtet worden sei, um die Vertragsinhalte und -texte genauer zu prüfen. Ein weiteres Thema seien die Personal- und Sachkosten. Darüber hinaus widme man sich auch dem Dialogischen Verfahren zum fachlichen Austausch und Dialog mit Trägern, Verwaltung und Politik.

---

**Zu Punkt 7.3**

**Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen – Anträge und Problemanzeigen der Träger der freien Wohlfahrtspflege und des Bielefelder Jugendrings**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8477/2014-2020

Frau Häckel merkt an, dass die Formulierung der Anlage: „...Anträgen (...) der freien Wohlfahrtspflege und des *Bielefelder Jugendrings*“ missverständlich und etwas unglücklich gewählt sei. Der Bielefelder Jugendring habe ganz bewusst keine einzelnen Anträge gestellt, sondern gemeinsam mit der AG § 78 SGB VIII für Jugendarbeit aus dem Arbeitsfeld heraus agiert. Daher finde man in der Anlage auch kaum einen Antrag aus der Jugendarbeit. Der Bielefelder Jugendring finde sich daher eher unter der Anlage zur Vorlage zu TOP 7.1 wieder.

Frau Stillger weist darauf hin, dass zur Wahrung des Datenschutzes mehr Informationen als nur die Namen gestrichen werden müssten und bittet um entsprechende Prüfung. Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt vor, die Vorlage nur noch in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

---

## Zu Punkt 8

### **Bildung einer Rücklage aus Mitteln der Integrationspauschale**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8486/2014-2020

Herr Grün weist darauf hin, dass die Integrationspauschale einem bestimmten Zweck diene. Darüber hinaus sei das Integrationsbudget bis zum Ende des Jahres 2023 befristet. Er möchte wissen, wie die anschließende Finanzierung geplant sei.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass es sich um Haushaltmittel der Stadt handele, die vier Jahre lang genutzt werden könnten. Quelle sei die Integrationspauschale. Die Kämmerei habe dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt.

Herr Bolte betont, dass die Verwendung der Mittel transparent dargestellt werden müssten.

Frau Brinkmann beantragt, die Vorlage heute als 1. Lesung zu behandeln, da noch interner Beratungsbedarf bestehe.

Vorsitzende Frau Weißenfeld ergänzt, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner letzten Sitzung die Vorlage nur in 1. Lesung zur Kenntnis genommen habe. Sie schlägt vor, auch unter Berücksichtigung des Antrags von Frau Brinkmann, heute genauso zu verfahren.

**- Der Jugendhilfeausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis. -**

-.-.-

## Zu Punkt 9

### **Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung in Bielefeld-Jöllenberg**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8539/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass die Bezirksvertretung Jöllenberg keine Empfehlung für einen Träger ausgesprochen habe. Die beiden Träger DRK und Die Falken hätten letztlich zur Wahl gestanden. Die Abstimmung habe jeweils mit sieben Stimmen für und mit sieben Stimmen gegen beide Träger keine Entscheidung gebracht. In der Beratung im Unterausschuss zum Jugendhilfeausschuss seien das DRK, die Falken und die AWO als Träger favorisiert worden. Die anderen Anbieter seien nicht in die engere Auswahl gekommen.

Herr Pieplau beantragt, die Falken als neuen Träger zu benennen.

Frau Brinkmann beantragt, das DRK als neuen Träger zu benennen.

Herr Bolte beantragt, die AWO als neuen Träger zu benennen.

Frau Purucker spricht sich gegen die AWO als neuen Träger aus, da diese mit den Eltern nur Jahresverträge abschliesse.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet sodann um Abstimmung der einzelnen Anträge.

**Antrag von Herrn Bolte:**

Die Trägerschaft für die neue Kita in Jöllennebeck soll dem AWO Bezirksverband OWL e.V. übertragen werden.

**- mit großer Mehrheit bei drei Enthaltungen abgelehnt -**

-.-.-

**Antrag von Frau Brinkmann:**

Die Trägerschaft für die neue Kita soll dem DRK übertragen werden.

**- mit großer Mehrheit bei drei Enthaltungen abgelehnt -**

-.-.-

**Antrag von Herrn Pieplau:**

Die Trägerschaft für die neue Kita in Jöllennebeck soll den Falken übertragen werden.

**- mit großer Mehrheit bei drei Enthaltungen beschlossen -**

-.-.-

Unter Berücksichtigung des Antrags von Herrn Pieplau fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung in Bielefeld-Jöllennebeck dem „**Falken Kindertagesstätten Bielefeld e.V.**“ zu übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt – als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen.

**- mit drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen mehrheitlich beschlossen -**

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **4. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung vom 05.05.2008 in der Fassung vom 11.05.2015**

#### Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 8281/2014-2020/1

Drucksache: 8646/2014-2020 (siehe TOP 10.1)

Drucksache: 8648/2014-2020 (siehe TOP 10.2)

Die beiden vorliegenden Anträge werden jeweils von Frau Purucker bzw. von Herrn Langeworth erläutert.

Herr Langeworth beantragt, die Vorlage der Verwaltung nur in 1. Lesung zu beraten, entsprechend dem Vorgehen im Schul- und Sportausschuss.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fragt nach den finanziellen Auswirkungen des Antrags der CDU-Fraktion.

Dazu erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die von der CDU-Fraktion unter Punkt 1 beantragte Dynamisierung der Einkommensstufen für den Jugendhilfebereich Kosten in Höhe von ca. 300.000 € pro Jahr verursache. Für den OGS-Bereich könne er die Kosten aktuell nicht nennen. Punkt 2 des Antrages habe nur Auswirkungen auf den OGS-Bereich. Hier lägen die Mehrkosten bei ca. 750.000 €/Jahr. Zurzeit verzichte man bei den Kitabeiträgen auf die Erstellung von ca. 200 Bescheiden an Eltern der freizustellenden Einkommensgruppe. Es sei daher zeitlich dringend erforderlich, die Satzung zu beschließen, um endgültig Klarheit zu schaffen.

Herr Hanke stellt dar, welches Verfahren er im Schul- und Sportausschuss empfohlen habe. Auch dort sei ein gleichlautender Antrag der CDU beraten worden. Vorschlag der Verwaltung sei gewesen, über die Beschlussvorlage der Verwaltung zu entscheiden, damit eine Umsetzung erfolgen könne. Die jetzt im Rahmen des Antrags der CDU aufgekommenen grundsätzlichen Fragen sollten in weiteren Sitzungen erörtert werden, da sie nach Einschätzung der Verwaltung eines längeren Beratungs- und Entscheidungsprozesses bedürften. Zu bedenken sei auch, dass durch die KiBiz-Reform zum 01.08.2020 wieder mit Änderungen beim Thema Elternbeitrag zu rechnen sei.

Herrn Goertz fragt nach den mit dem Antrag des JAEB verbundenen Kosten für die Aufhebung der Dynamisierung der Elternbeiträge. Hierzu erklärt Herr Epp, dass diese pro Jahr etwa 186.000 € ausmachten.

Herr Pieplau spricht sich dafür aus, heute über die Elternbeitragssatzung zu beschließen. Es handele sich hier lediglich um die Umsetzung der in der Vergangenheit bereits entschiedenen Freistellung einer Einkommensgruppe. Für eine komplette Umsetzung der in den Anträgen geforderten Dynamisierungen fehlten im Moment nachvollziehbar die finanziellen Mittel. Er ergänzt, dass auf lange Sicht die komplette Abschaffung der Elternbeiträge das Ziel sein sollte.

Frau Stillger und Herr Bolte sprechen sich ebenfalls ausdrücklich für eine generelle Beitragsfreiheit aus.

Frau Hopster wünscht sich eine finanzielle Gleichbehandlung von Eltern mit Kindern in Kindertageseinrichtungen und Eltern mit Kindern in der OGS hinsichtlich Beitragsentlastungen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld erklärt, dass die gesamtstädtische Ungleichbehandlung tatsächlich nicht zufriedenstellend sei. Dennoch müsse man auch den städtischen Haushalt im Blick behalten, daher könne das Ziel "Kostenbeitragsfreiheit" nur in Etappen erreicht werden. Die Kibiz-Novellierung bleibe ebenfalls abzuwarten.

Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass die Stadt ca. 11 bis 12 Millionen Euro Kitabeiträge einnehme. Durch die geänderte Satzung verringerten sich diese Erträge um ca. 260.000 € pro Jahr. Die Verwaltung brauche möglichst kurzfristig und deutlich vor dem 01.08.2019 eine Entscheidung zur Kitabeitragsatzung, um die in der Vergangenheit beschlossene Entlastung der Eltern auch tatsächlich umsetzen zu können.

#### Beratung zur

Drucksache: 8646/2014-2020 (siehe TOP 10.1 Antrag JAEB)

Herr Langeworth schlägt vor, über die beiden Sätze des Beschlussvorschlags des JAEB (TOP 10.1) getrennt abzustimmen, da der zweite Satz dem Beschlussvorschlag Nr. 1 im Antrag der CDU-Fraktion entspreche und ihn unter TOP 10.2 zur Abstimmung zu stellen. Frau Purucker erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet um Abstimmung über den ersten Satz des Antrages des JAEB.

#### **Änderungsantrag des JAEB:**

Der Jugendamtselternbeirat beantragt die Aufhebung der Dynamisierung der Elternbeiträge.

**- mit Mehrheit bei fünf Enthaltungen abgelehnt -**

-.-.-

#### Beratung zur

Drucksache: 8648/2014-2020 (Siehe TOP 10.2 Antrag CDU-Fraktion)

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU.

#### **Antrag der CDU-Fraktion:**

„Über die beiden im Antrag der CDU-Fraktion genannten Punkte 1 und 2 wird einzeln abgestimmt.“

**- einstimmig beschlossen -**

Entsprechend bittet Vorsitzende Frau Weißenfeld nun um getrennte Abstimmung der beiden im Antrag der CDU-Fraktion genannten Punkte 1 und 2.

**Antrag der CDU Fraktion und zweiter Satz im Antrag des JAEB:**

1. Analog zur Höhe der Beiträge werden auch die in den Beitragstabellen aufgeführten Jahreseinkommen zur Festlegung der Beitragsklasse jährlich um 1,5 Prozent dynamisiert.

**- mit Mehrheit bei fünf Enthaltungen abgelehnt -**

-.-.-

2. Die Aufweichung der Geschwisterkindregelung wird aufgehoben. Die in § 5 der Satzung geregelten Zahlungen von 30 Prozent des Beitrags für ein zweites Kind je Familie werden gestrichen. Grundsätzlich soll nur für ein Kind je Familie Elternbeitrag gezahlt werden müssen.

**- mit Mehrheit bei vier Enthaltungen beschlossen -**

-.-.-

Beratung zu  
Drucksache: 8281/2014-2020/1

Nach Beschlussfassung zu TOP 10.1 und 10.2 bittet Vorsitzende Frau Weißenfeld um Abstimmung über die Vorlage.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, dass der Rat der Stadt Bielefeld die beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung mit Wirkung ab 01.08.2019 beschließt.

**- einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen -**

-.-.-

**Zu Punkt 10.1 Änderungsantrag des JAEB zu TOP 10 "Elternbeitragsatzung"**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 8648/2014-2020

Die Beratung dieses TOPs und die Abstimmung erfolgten unter TOP 10.

-.-.-

**Zu Punkt 10.2 Antrag der CDU vom 10.05.2019 zu Drucksache Nr. 8281/2014-2020/1**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8646/2014-2020

Die Beratung dieses TOPs und die Abstimmung erfolgten unter TOP 10.

-.-.-

**Zu Punkt 11 Kommunale Finanzierung der Familienzentren**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8555/2014-2020

Ohne Beratung.

**- einstimmig beschlossen -**

-.-.-

**Zu Punkt 12 Anerkennung der Kindertageseinrichtung Weltenbummler als Sprachfördereinrichtung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8556/2014-2020

Ohne Beratung.

**- einstimmig beschlossen -**

-.-.-

**Zu Punkt 13 Kostenbeteiligung DV-Verfahren LITTLE BIRD**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 8627/2014-2020

Drucksachennummer: 8647/2014-2020 (siehe TOP 13.1 Antrag Koalition)

Herr Pieplau und Frau Hennke erläutern ausführlich den Antrag der Koalition. Sie betonen dabei, dass die Anwendung von LITTLE BIRD elternfreundlicher gestaltet werden müsse.

Herr Bolte weist darauf hin, dass die Kooperationsvereinbarungen unbedingt im Konsens mit den Leistungserbringern getroffen werden müssten.

Frau Brinkmann erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Man habe die Verwaltung wiederholt aufgefordert, sich um ein benutzerfreundliches System zu bemühen, von dem auch die Träger einen Nutzen hätten. Stattdessen habe es seit der Einführung von LITTLE BIRD vermehrt Elternbeschwerden gegeben. Viele Träger arbeiteten neben LITTLE BIRD

zusätzlich mit einem zweiten System. Erforderlich sei ein für Eltern und Träger transparentes und einfach zu handhabendes EDV-Programm, das alle Nutzer zufrieden stelle.

Beigeordneter Herr Nürnberger erwidert, dass zum jetzigen Zeitpunkt alle Träger mit LITTLE BIRD arbeiteten. Die in der Vorlage beschriebenen Kündigungen bezögen sich nur auf die Kostenbeteiligung der Träger, nicht auf die Anwendung von LITTLE BIRD. Tatsächlich habe es technische Probleme mit LITTLE BIRD gegeben. Diese seien aber inzwischen behoben worden. Seitdem seien die Verwaltung und die Träger mit dem System zufrieden. Es biete gute Informationen für die Kitaplanung, die Kitaplatzvermittlung sowie die Beratung. Nun müsse daran gearbeitet werden, LITTLE BIRD hinsichtlich der Handhabung für Eltern zu optimieren. In den Kooperationsvereinbarungen werde zusammen mit den Trägern niedergeschrieben, welche Veränderungen zur verbesserten Nutzung auch kurzfristig zum 01.08.2019 umsetzbar seien. Auch die Frage des Datenschutzes zu Punkt 5 des Antrages werde geprüft. Man werde im JHA zeitnah über die getroffenen Vereinbarungen berichten.

Herr Bolte merkt an, dass die Formulierung im Antrag der Koalition „...im Rahmen der Kooperationsvereinbarung (...) *insbesondere sicherstellen...*“ keinen Verhandlungsspielraum zulasse. Daraufhin schlägt Frau Henneke vor, statt dessen die Formulierung „...*, die insbesondere darauf abzielen,...*“ zu wählen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Frau Henneke:

#### **Änderungsantrag von Frau Henneke:**

*„Im Antrag der Koalition werden im letzten Satz des Beschlussvorschlages die Worte „die insbesondere sicherstellen, dass“ durch die Formulierung „die insbesondere darauf abzielen, dass“ ersetzt.*

**- einstimmig beschlossen -**

#### **Beratungsgrundlage:**

Drucksache: 8647/2014-2020 (siehe TOP 13.1 Antrag Koalition)

Sodann bittet Vorsitzende Frau Weißenfeld um Abstimmung des Antrages der Koalition unter Berücksichtigung der von Frau Henneke beantragten neuen Formulierung:

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrages fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden vom Antrag

#### **abweichenden Beschluss: (Änderung in Fettdruck):**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit den in Bielefeld vertretenen Trägern von Kindertageseinrichtungen verbindliche Vereinbarungen zur Nutzung des Verfahrens Little Bird abzuschließen, **die insbesondere darauf abzielen**, dass

- Eltern im Zuge der von ihnen vorgenommenen Portalvormerkungen aktuelle In-formationen zu z.B. Konzept, Öffnungszeiten, Anzahl der of-



fenen Kita-Plätze und erwarteter Art der Kontaktaufnahme verpflichtend erhalten,

- im Rahmen der Platzvormerkung erfragte Informationen im Hinblick auf ihre Notwendigkeit für das Verfahren überprüft werden,
- Eltern innerhalb eines angemessenen Zeitfensters über den Stand des Verfahrens informiert werden,
- die Vergabe von mindestens 80 % der zu besetzenden Plätze bis zum 31.01. eines Jahres erfolgt ist,
- Eltern in einer gewissen Frist mehrere Betreuungsangebote parallel bekommen können (Zugriff aller Kita-Leitungen auf alle Bewerbungen, keine Sperrung einer Anfrage bei Angebot einer anderen Kita) und
- die festgelegten Aufnahmekriterien der Kitas im LITTLE BIRD-Portal dargestellt sind.

**- abweichend vom Beschlussvorschlag bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen -**

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 8627/2014-2020

Nach Beschlussfassung zum Antrag unter TOP 13.1 fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

**Beschluss:**

1. Auf die Beteiligung der Träger von Kindertageseinrichtungen an den Kosten des DV-Verfahrens LITTLE BIRD, die nach den vertraglichen Regelungen am 01.08.2019 einsetzen würde, wird verzichtet.

Im Gegenzug wird von den Trägern der Kindertageseinrichtungen erwartet, dass sie sich mit der Stadt Bielefeld und dem Jugendamtselternbeirat auf Standards bei der Anwendung von LITTLE BIRD einigen, um nachvollziehbaren Bedarfen der Eltern hinsichtlich der konsequenten, einheitlichen und zeitnahen Anwendung des Programms künftig besser zu entsprechen. Die Verwaltung wird beauftragt, zum 01.08.2019 eine neue Kooperationsvereinbarung mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen abzuschließen, in der sinnvolle Standards zur Nutzung von LITTLE BIRD verbindlich festgelegt werden.

**- mit großer Mehrheit beschlossen -**

---

**Zu Punkt 13.1 Antrag der Koalition vom 13.05.2019 zu TOP 13 "Kostenbeteiligung DV-Verfahren LITTLE BIRD"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8647/2014-2020

Die Beratung dieses TOPs und die Abstimmung erfolgten unter TOP 13.

-.-.-

## **Zu Punkt 14      Auslaufen des Bundesprogramms "KitaPlus" zum 31.12.2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8592/2014-2020

Ohne Beratung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Damit die Kindermann-Stiftung ihr im Rahmen des Bundesprogramms „KitaPlus“ begonnenes Projekt bis 31.07.2020 fortsetzen kann, wird einer Übertragung der für das Jahr 2019 bereits bereitgestellten Mittel in das Jahr 2020 im notwendigen Umfang zugestimmt.
2. Der von Laer Stiftung wird ein Zuschuss in Höhe von 24.000 € gewährt, um das im Rahmen des Bundesprogramms „KitaPlus“ begonnene Projekt bis 31.07.2020 fortsetzen zu können.

**- einstimmig beschlossen -**

-.-.-

## **Zu Punkt 15      Rahmenkonzept "Schulsozialarbeit in Bielefeld" 2. Lesung**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 8096/2014-2020

Drucksachennummer: 8660/2014-2020 (siehe TOP 15.1)

Beratung zu:

Drucksachennummer: 8660/2014-2020 (siehe TOP 15.1)

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass der Antrag im Schul- und Sportausschuss einstimmig und im SGA mehrheitlich beschlossen worden sei.

Frau Henke erläutert ausführlich den Antrag der Koalition.

Frau Hopster und Frau Stillger weisen darauf hin, dass eine kommunale Einflussnahme nur für den kleinen Anteil kommunal finanzierter Stellen möglich sei. Bei allen anderen Stellen der Schulsozialarbeit habe man kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Insofern sei fraglich, ob dies den durch den Antrag erforderlich werdenden Verwaltungsaufwand für die Datenerhebung rechtfertige.

Vorsitzende Frau Weißenfeld entgegnet, dass man zumindest auf die durch das Dezernat 5 und die über die REGE mbH finanzierten Stellen Einfluss nehmen könne.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass der Antrag viel Arbeit be-

deute und fachlich anspruchsvoll sei. Daher könne er heute auch nicht zusichern, dass die geforderten Informationen abschließend bis zum Ende des dritten Quartals vorlägen. Zwingend erforderlich sei, dass die Verwaltung anschließend noch mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt werde. Dies müsse man unbedingt im Blick behalten.

Nun bittet Vorsitzende Frau Weißenfeld zunächst um Abstimmung über den Antrag der Koalition.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Schul- und Sportausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen den Entwurf eines Rahmenkonzepts „Schulsozialarbeit in Bielefeld“ zur Kenntnis.

2. Als Grundlage für die Entscheidungsfindung benötigen die Ausschüsse noch folgende Informationen:

- Aufstellung aller Stellen(-anteile) der Schulsozialarbeit an allen städtischen Schulen aufgeschlüsselt nach Laufzeit und vertraglicher Situation;
- Vorschlag für Kriterien bzw. Indikatoren zur bedarfsgerechten Verteilung der Stellen für Schulsozialarbeit. Hierfür sollen insbesondere die Informationen und Handlungsempfehlungen aus dem Lebenslagenbericht 2018 sowie dem Kommunalen Lernreport 2018 als Grundlage herangezogen werden.
- Vorschläge für schulform- und trägerübergreifende Koordinierung
- sowie Vorschläge für klare Aufgabenstellungen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern.

3. Die Verwaltung wird gebeten, die benötigten Informationen und Vorschläge spätestens im 3. Quartal 2019 zur Verfügung zu stellen. Diese bilden die Grundlage für einen Aufgaben- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der weiteren Empfehlungen im Entwurf des Rahmenkonzepts „Schulsozialarbeit in Bielefeld“.

4. Die zuständigen politischen Gremien werden anlassbezogen, mindestens jedoch einmal jährlich über den Stand der Umsetzung informiert.

**- mit Mehrheit bei sechs Enthaltungen und einer Gegenstimme beschlossen -**

-.-.-

Beratung zu:

Drucksache: 8096/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld erklärt, unter Berücksichtigung des Abstimmungsergebnisses über den Antrag der Koalition (siehe TOP 15.1) sei eine Abstimmung über die Verwaltungsvorlage (Drucksachennummer 8096/2014-2020) obsolet.

**- nicht beraten -**

-.-.-

**Zu Punkt 15.1 Änderungsantrag der Koalition vom 09.05.2019 zu TOP 15**  
**"Rahmenkonzept Schulsozialarbeit in Bielefeld"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8660/2014-2020

Die Beratung dieses TOPs und die Abstimmung erfolgten unter TOP 15.

-.-.-

**Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der**  
**Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung im Juni folgende Themen an:

- Ideenwettbewerb Stiftung Eikelmann
- Spielflächenbedarfsplanung
- Bericht zum Umsetzungsstand „Hall of Fame“
- HzE an OGS
- 1. Lesung Haushalt- und Stellenplan

Ergänzend weist Vorsitzende Frau Weißenfeld auf die vereinbarte Sondersitzung zum Thema Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen hin.

-.-.-

---

Gez. Regine Weißenfeld

---

Gez. Rita Mülöt (Schriftführerin)